Gesetzblatt
derFreien Hansestadt Bremen

<table>
<thead>
<tr>
<th>2000</th>
<th>Ausgegeben am 24. Juli 2000</th>
<th>Nr. 35</th>
</tr>
</thead>
</table>

**Inhalt**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes</th>
<th>S. 303</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Gesetz zur Änderung des Bremischen Stiftungsgesetzes</td>
<td>S. 303</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungs- und -prüfungsgesetzes und des Vorbereitungsdienst-Zulassungs-Gesetzes</td>
<td>S. 304</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Artikel 1**

Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes
Vom 11. Juli 2000

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

1. Die Vorbemerkung Nummer 3 wird aufgehoben.


5. In der Fußnote 2 zu Besoldungsgruppe A 13 wird die Angabe „Buchstabe d“ durch die Angabe „Buchstabe c“ ersetzt.

6. In der Besoldungsgruppe A 14 werden
   a) bei der Amtsbezeichnung „Abteilungsleiter eines Schulzentrums der Sekundarstufe I“ der Funktionszusatz „– des gymnasialen Zweiges mit bis zu 180 Schülern“ angefügt;
   b) folgende Fußnote 5 angefügt:


8. Anhang 2 wird aufgehoben.

**Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.
Der Senat

Gesetz zur Änderung des Bremischen Stiftungsgesetzes
Vom 11. Juli 2000

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:
Artikel 1

Das Bremische Stiftungsgesetz vom 7. März 1989 (Brem. GBl. S. 163 – 401-c-1) wird wie folgt geändert:

1. § 15 erhält folgende Fassung:

§ 15

Stiftungsverzeichnis

(1) Die Stiftungsbehörde führt ein Verzeichnis der Stiftungen. Es enthält Angaben über Name, Zeitpunkt der Genehmigung oder Errichtungsjahr, Sitz, Zweck und Anschrift der Stiftung oder Name und Anschrift, unter denen das vertretungsberechtigte Organ zu erreichen ist, bei Familienstiftungen nur Name, Sitz und Zeitpunkt der Genehmigung oder Errichtungsjahr.

(2) Die Stiftungsbehörde veröffentlicht das Stiftungsverzeichnis in geeigneter Form mit Ausnahme der Familienstiftungen. Die Einsicht in das Stiftungsverzeichnis ist jedem gestattet.

(3) Die Eintragung im Stiftungsverzeichnis begründet nicht die Vermutung ihrer Richtigkeit.

2. In § 20 werden die Worte „Auskunftserteilung nach § 15 Abs. 2“ durch die Worte „Einsicht nach § 15 Abs. 2 Satz 2“ ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.


Der Senat

Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungs- und -prüfungsgesetzes und des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes

Vom 11. Juli 2000

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Juristenausbildungs- und -prüfungsgesetz

Das Juristenausbildungs- und -prüfungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1997 (Brem. GBl. S. 97 – 301-b-3), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „Er“ durch die Worte „Das Justizprüfungsamt“ ersetzt und folgender neuer Satz 3 angefügt:

„Die Nachprüfung im Rahmen des Widerspruchverfahrens ist beschränkt auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit der angefochtenen Entscheidung.“

b) In Absatz 4 werden die Worte „der Vorsitzende des Justizprüfungsamtes“ durch die Worte „das Justizprüfungsamt“ ersetzt.

2. § 11 wird wie folgt geändert:

Absatz 2 Nr. 6 erhält folgende Fassung:

„6. die Bestimmung des Schwerpunktbereichs (§ 13 Abs. 1).“

3. § 14 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

b) In Absatz 3 werden die Worte „der Vorsitzende des Justizprüfungsamtes“ durch die Worte „das Justizprüfungsamt“ ersetzt.

4. § 15 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „drei“ durch das Wort „von fünf“ ersetzt.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Zu fertigen sind:

1. zwei Arbeiten aus dem Bereich des Bürgerlichen Rechts,

2. eine Arbeit aus dem Bereich Kriminalwissenschaften/Strafrecht,

3. zwei Arbeiten aus dem Bereich des Öffentlichen Rechts.“

c) In Absatz 5 Satz 1 werden die Worte „schnell für die Hausarbeit“ durch das Wort „ihm“ ersetzt.

5. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird das Wort „sechs“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

6. § 18 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „unabhängig voneinander“ gestrichen.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Hausarbeit wird von zwei Mitglie- dern der Prüfungskommission, wovon eines Hochschullehrer sein muss, abschließend bewertet. Weichen die Bewertungen der Prüfer um nicht mehr als drei Punkte voneinander ab, so gilt der Durchschnitt als Note. Bei größeren Abweichungen sind die Prüfer gehalten, ihre Bewertungen bis auf drei Punkte anzugeleichen. Gelingt dies nicht, entscheidet die Prüfungskommission.“

c) In Absatz 3 werden die Worte „der Vorsitzende des Justizprüfungsamtes“ durch die Worte „das Justizprüfungsamt“ ersetzt.

7. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Studierende werden zur Anfertigung der Hausarbeit nur zugelassen, wenn wenigstens zwei Aufsichtsarbeiten, darunter eine aus dem Bereich des Bürgerlichen Rechts und eine aus dem Bereich des Öffentlichen Rechts, mit mindestens 4 Punkten bewertet worden sind und in den Aufsichtsarbeiten eine durchschnittliche Punktzahl von 3,5 erzielt worden ist oder wenn wenigstens drei Aufsichtsarbeiten mit mindestens je 4 Punkten bewertet worden sind und in den Aufsichtsarbeiten eine durchschnittliche Punktzahl von 3 erzielt worden ist.“
b) Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Dabei sind die Punktzahlen der Hausarbeit mit 2/5 und die der fünf Aufsichtsarbeiten mit je 3/25 zu berücksichtigen.“

8. § 22 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Dabei sind die Punktzahlen der Hausarbeit mit 3/10, die Punktzahlen der Aufsichtsarbeiten mit je 9/100 und die Punktzahl der mündlichen Prüfung mit 1/4 zu berücksichtigen.“


10. § 35 Abs. 3 erhält folgende Fassung:
„(3) Die Ausbildung in Strafsachen (Absatz 1 Nr. 1) und in der Verwaltung (Absatz 1 Nr. 3) beginnt jeweils mit einem Einführungslehrgang von der Dauer von drei Wochen, in Zivilsachen (Absatz 1 Nr. 2) beträgt die Dauer einen Monat.“

11. § 39 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Die durchgängige Teilnahme an ihnen ist ungeachtet eines Wechsels der Ausbildungsstelle Dienstplicht und geht jedem anderen Dienst vor.“

b) Dem Absatz 5 wird folgender Satz 2 angefügt:
„Die Teilnahme daran kann angeordnet werden.“

c) Es wird folgender neuer Absatz 6 angefügt:
„(6) Die Referendare sind verpflichtet, die in den Ausbildungslehrgängen angebotenen Klausuren anzufertigen und abzugeben.“

12. § 44 wird wie folgt geändert:
a) Die Absätze 1 und 2 werden aufgehoben.

b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 1 und 2 und erhalten folgende Fassung:

(2) §§ 5, 14 Abs. 3, §§ 18, 35 und 39 gelten auch für Studierende, die die Prüfung nach den bis zum 31. August 2000 geltenden Vorschriften ablegen.“

Artikel 2
Vorbehrungsdiensst-Zulassungsgesetz

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

Artikel 3
Neufassung des Juristenausbildungs- und -prüfungsbesetzes
Der Senator für Justiz und Verfassung kann den Wortlaut des JAPG in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt machen.

Artikel 4
Inkrafttreten

Der Senat